

Blickpunkte

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **62 (1982)**

Heft 11

PDF erstellt am: **13.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Preisüberwachung – ein ordnungspolitischer Sündenfall mit Folgen

Zur liberalen Demokratie gehört auch eine freie Marktwirtschaft. Diesen Satz unterschreiben in unserem Land drei Viertel der Stimmbürger ohne jedes Zögern. Und bis vor kurzem stand das Bekenntnis zur «Sozialen Marktwirtschaft» auch im offiziellen Programm des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes. In der Praxis allerdings sieht es manchmal – und oft nur allzu rasch – etwas anders aus. Ganz abgesehen von den dichten internationalen Verflechtungen, die den Staat als Vertragspartner und Garant für offene Handelsträume zwangsläufig stark ins Spiel bringen, wirkt er heutzutage durch ein vielfältiges gesetzgeberisches Netzwerk direkt und indirekt auf verschiedenste wirtschaftliche Bereiche ein: angefangen von Fragen der betrieblichen wie der sozialen Sicherheit über Berufsbildung und Fähigkeitsausweise bis hin zu strukturpolitischen Massnahmen (teuerstes Beispiel die Landwirtschaft!) und zur Fiskalpolitik als einem immer wichtigeren Kostenfaktor.

Mit dieser starken, um nicht zu sagen fast allgegenwärtigen Präsenz auch eines grundsätzlich liberalen Staates im modernen Wirtschaftsgeschehen mag es zusammenhängen, dass man ihn selbst aus bürgerlichen Kreisen immer mehr auch dann anruft, wenn es von den ordnungspolitischen Regeln her völlig widersinnig er-

scheint. Er wird immer mehr in Mittlerrollen hineingedrängt, die er von sich aus gar nicht sucht – was selbstverständlich nicht daran hindert, dass oft von den selben Kreisen herbe Kritik an dieser Allgegenwart geübt wird, dann eben, wenn es um das «allgemein Grundsätzliche» und nicht um ein spezifisches, als Ausnahmesituation zelebriertes Einzelinteresse geht.

Ein solcher ordnungspolitischer Sündenfall steht an der kommenden eidgenössischen Volksabstimmung vom 28. November zur Diskussion: die durch eine 1978 lancierte Volksinitiative der drei Konsumentinnenorganisationen unseres Landes verlangte, in der Verfassung zu verankernde obligatorische Preisüberwachung. Man kennt den unmittelbaren Hintergrund. Die Rekordteuerung zu Beginn der siebziger Jahre führte Ende 1972 zu einem Massnahmenpaket zur Dämpfung der Überkonjunktur (das waren noch Zeiten!), das auch eine Überwachung der Preise, Löhne und Gewinne einschloss. Sie wurde durch Dringlichkeitsrecht in Kraft gesetzt, ein Jahr später vom Volk mit einem Stimmenverhältnis von drei zu zwei bestätigt, 1975 vom Parlament durch einen neuen Dringlichkeitsbeschluss verlängert und vom Souverän 1976 erneuert, diesmal mit einem überwältigenden Mehr von fast fünf zu eins, sanktioniert. Auf Ende 1978 lief die

«Übung» dann aus, was die Volksinitiative auslöste.

Einen Vorläufer hatte es übrigens 1936 im Zusammenhang mit der Frankenabwertung abgegeben; bei Kriegsausbruch wurde eine generelle Preiskontrolle zum Zweck der Sicherung unserer Landesversorgung dekretiert, deren letzte Ausläufer 1952 erloschen. Ein Blick über die Landesgrenzen hinaus zeigt im übrigen, dass in vielen Staaten gesetzliche Grundlagen für preispolitische Massnahmen in Sondersituationen bestehen. Die Handhabung wird meist von der jeweiligen politischen Ausrichtung der amtierenden Regierung bestimmt: In der Bundesrepublik ging es bis anhin sehr liberal zu, in Österreich etwas weniger. In Grossbritannien schaffte die konservative Regierung jegliche Kontrollmöglichkeit ab, ebenso das bis vor kurzem bürgerlich geprägte schwedische Parlament.

Was die Schweiz betrifft, so steht man vor einer Erscheinung, die mindestens so sehr psychologisch wie wirtschaftspolitisch bestimmt ist. Mit Leo Schürmann und Leon Schlumpf waren in den siebziger Jahren Preisüberwacher am Werk, die dies erkannten und ihre Rolle als Klagemauer klug und massvoll ausspielten. Beide waren sich des öffentlichen Stellenwerts ihres Amtes bewusst; beide wussten aber ebenso genau um ihre im Grunde marginale sachliche Wirkkraft, und beide waren vor allem auch zu sehr mit den marktwirtschaftlichen Mechanismen vertraut, als dass sie sich anheischig gemacht hätten, aus der Preisüberwachung ein definitives zentrales Steuerungselement werden zu lassen. Im Schlussbericht Leon Schlumpfs kam denn auch die ganze zwiespältige Pro-

blematik einer Preisüberwachung voll zum Tragen. Wenn man ihn genau zitiert, so gibt er jedenfalls wenig her, um die nun angestrebte volle Etablierung zu rechtfertigen.

Tatsache ist nämlich, dass sich zwar bei «Übungsschluss» Ende 1978 die Inflation einem Tiefpunkt näherte, dass dies aber die Folge ganz anderer Erscheinungen war (Rezession, Währungssituation, Geldpolitik der Nationalbank). Tatsache ist ferner, dass eine breit angelegte Preisüberwachung technisch schwer durchzuführen ist, wenn nicht ungewollt Wettbewerbsverzerrungen ausgelöst werden sollen – nicht zu reden vom bürokratischen Aufwand für die Verwaltung wie für die Wirtschaft. Die staatliche Fixierung «gerechter» oder «angemessener» Preise ist bei genauerem Zusehen praktisch nicht «machbar». Sie kann ausserdem die sonst doch so verpönte Konzentration in der Wirtschaft ankurbeln, weil grosse Unternehmen Preisstopps im allgemeinen zumindest «auf Zeit» besser bewältigen können als die bei uns nach wie vor dominierenden Klein- und Mittelbetriebe.

So droht ein definitives Preisüberwachungssystem zu einem Bumerang gerade auch für jene zu werden, die so grosse Hoffnungen darauf zu setzen scheinen: die Konsumenten. Diese sind wirtschaftlich auf die Dauer dann am besten versorgt, wenn die Wirtschaft in der Entfaltung ihrer Möglichkeiten so wenig wie möglich behindert wird. Voraussetzung dazu bildet neben den verschiedenen wirtschaftlichen Freiheiten vor allem das leistungsbezogene Kräftespiel einer Wettbewerbswirtschaft, die den Ausgleich von Angebot und Nachfrage in erster Linie über den Preismechanismus zu suchen

hat. Ob es im Vorfeld der kommenden Volksabstimmung gelingen wird, diese gesamtwirtschaftlichen Aspekte gegenüber dem optisch spektakulären «Preis-

überwachungs-Fetischismus» genügend zum Tragen zu bringen, ist allerdings eine offene Frage.

Richard Reich

Ende der Indexgläubigkeit?

Der Wirbel um die Frage, ob und inwieweit der Konsumentenpreisindex des BIGA falsch berechnet, ob und gegebenenfalls wieviel im Laufe der vergangenen Jahre den Arbeitnehmern zuviel an Teuerungsausgleich ausbezahlt worden ist, hat zumindest *eine* positive Nebenerscheinung erzeugt, nämlich den Glauben daran, dass es möglich sein könnte, Teuerungsraten exakt, auf Heller und Pfennig genau, zu berechnen, leicht bis mittelschwer zu *erschüttern*. Indizes dieser Art sind bestenfalls in der Lage, eine *allgemeine Tendenz* anzugeben. In diesem Sinne haben sie zwar noch immer einen wichtigen, ja einen unverzichtbaren Informationswert, aber eben nur einen mit einer *relativen* Aussagekraft. Wenn sie jedoch als absolute Wahrheiten genommen werden und darüber hinaus Ausgleichsmechanismen in Gang setzen, die unabhängig von den wirtschaftlichen Konsequenzen, die sie auslösen, abschnurren, dann kann die Indexgläubigkeit zu fatalen Fehlentwicklungen führen.

Es wird heute immer deutlicher und auch immer mehr anerkannt, dass von indexgebundenen Lohnentwicklungen besonders dann *negative Beschäftigungswirkungen* ausgehen, wenn sie von den Gewerkschaften zudem als Transportmittel zur Durchpeitschung

von Realloohnerhöhungen benutzt werden. Der Nachweis, dass von einer überzogenen Tarifpolitik eine Vergrößerung der Arbeitslosigkeit resultiert, ist zwar kompliziert und anspruchsvoll, wird aber kaum mehr in Frage gestellt, auch von «aufgeklärten» Gewerkschaftsvertretern nicht mehr. Tritt diese Wirkung ein, so wandelt sich die im Namen der sozialen Gerechtigkeit vorgetragene Lohnmaximierungspolitik für all jene zu einer flagranten Ungerechtigkeit, die dadurch aus dem Arbeitsprozess gedrängt werden oder die keine Chance haben, in diesen einzutreten (Jugendarbeitslosigkeit). Die Gewerkschaften müssen sich dann Überlegungen machen, *wo* ihre sozialpolitischen Prioritäten liegen.

Optieren sie für eine Politik der *Vollbeschäftigung*, so muss u. U. die unausweichliche Folge eine Politik des Masshaltens in der Lohnpolitik sein. Und es besteht wohl kein Zweifel mehr daran, dass diese Lage heute weitgehend gegeben ist. Die meisten westlichen Industriestaaten leiden an einem *überhöhten Lohnkostenniveau*, das, zusammen mit der nach wie vor ungebändigten Inflationsvirulenz und den hoffnungslos überforderten Staatshaushalten, auf die privatwirtschaftliche Investitionstätigkeit drückt. Das

wirtschaftspolitische Gebot der Stunde heisst mithin «Zurückhaltung in den Lohnforderungen», oder, noch besser, vorübergehende Aussetzung von Lohnsteigerungsrunden. Eine gewisse, allerdings noch bescheidene Morgenröte scheint am lohnpolitischen Horizont

sichtbar zu werden. Und wenn diese Tendenz durch einen fortschreitenden *Zerfall der Indexgläubigkeit* gefördert werden sollte, so wäre nicht wenig gewonnen.

Willy Linder

Auf Bajonetten sitzen

Kann sich Woyciech Jaruzelski, der in der Nacht vom 12. zum 13. Dezember den «Kriegszustand» – Krieg gegen wen? – proklamiert hat und seither dessen Regeln in Anwendung bringt, gegen die übergrosse Mehrheit des Volkes behaupten? Im neunzehnten Jahrhundert wurde gesagt, man könne mit Bajonetten vieles erreichen aber nicht auf ihnen sitzen. Für heutige technische Möglichkeiten der Gewalt scheint dieses Gesetz nicht mehr zu gelten.

Husak hatte zwei Jahre gebraucht, um die Reformen der kurzen Aera Dubček rückgängig zu machen – zunächst war von deren Bewahrung gesprochen worden. Seit der Verhaftung Lech Walesas – mit der Verleihung des Friedensnobelpreises an ihn hätte sich das norwegische Parlament geehrt, zog aber die konventionellste Lösung vor – und hunderter führender Organisatoren des Gewerkschaftsbundes Solidarnosz bis zur formellen Auflösung der Vereinigung, der mindestens zehn, möglicherweise zwölf Millionen Polen beigetreten sind – und in vielen Fabriken die Mehrzahl der Parteimitglieder – sind zehn Monate verstrichen. Es hat wiederum zu Streiks geführt, in der Danziger Lenin-Werft, in Nova Huta

und an vielen anderen Orten, zu Protest der Kirche, zu Brückierung des Westens, mit dessen Krediten Polen rechnet, und zu weiterer Verlangsamung der ohnehin unter dem Kriegrecht nicht einmal auf ihrem niedrigen Niveau gehaltenen Produktion. Doch die Logik der Macht ist nicht die Logik der Wohlfahrt.

Die Arbeiter, die Intellektuellen, von denen 1300 Prominente einen Protest unterschrieben haben, stellen sich der Militärdiktatur entgegen, die irgend einmal wieder wenigstens formell zur Parteidiktatur «normalisiert» werden wird. Man spricht von «Dissidenten» der Sowjetunion, der Volkdemokratien. Wie soll man sie nennen, wenn es neunzig Prozent des Volkes sind?

Es geht hier nicht um die tragische, auch blutige Chronik der Ereignisse, wie wir sie von Tag zu Tag verfolgen. Es geht um ein Problem.

Den Sowjets, denen wegen ihres Verzichts auf direkte Einmischung im Nahen Osten eine Lähmung der Handlungsfähigkeit im Zeichen der erwarteten Nachfolge Breschnjews zugeschrieben wird, haben in Polen etwas erreicht, das ihnen in Ungarn, in der Tschechoslowakei nicht gelungen war:

Ein Volk in nationalem und sozialem Aufruhr niederzuwerfen, ohne das betreffende Land mit eigenen Truppen zu besetzen.

Im Zeichen einer zunehmenden Wirtschaftsschwäche und des Afghankrieges, dessen Kosten jedoch möglicherweise überschätzt werden, sowie der Verhandlungen über Rüstungskontrolle, der Ermutigung westlicher – aber niemals östlicher! – Friedensbewegungen wäre ein Einmarsch ein schwerer Rückschlag gewesen; er hätte auch in Polen zu soviel Unruhe und Sabotage beigetragen, dass es die Verbindungen zur DDR gestört hätte.

Es ist Moskau bisher gelungen, diese gefährliche aber in letzter Instanz mit Sicherheit erwogene und geplante Unternehmen zu vermeiden. Das aber zeugt für eine Manövrierfähigkeit, die sich mit der Vorstellung vom gelähmten Riesen nicht recht verträgt. Das andere Problem ist die polnische Armee und Polizei. Das ausgezeichnete Buch «Polen – das Ende der Erneuerung?» (C. H. Beck), dessen erster Abschnitt vom soeben nach Polen zurückgekehrten bedeutenden Publizisten Stefan Kisielowski verfasst ist und von der «polnischen Staatsräson» handelt, untersucht mit jeweils kompetenten Autoren zwölf Aspekte der polnischen Gesellschaft. Der Armee, den Ordnungskräften ist keine besondere Studie gewidmet.

So fragen wir uns noch immer, warum diese Polen – sind es Bauernsöhne, die von der geistigen und industriellen Welt der Städte kaum etwas wissen? sind es gänzlich sowjetisch geformte Offiziere? – sich nicht mit dem

aufstehenden Volk solidarisieren, sein Engagement nicht zum ihren machen, sondern zuschlagen. Viele Untersuchungen haben die allmähliche Reife der Arbeiterbewegung bis zur Wende von 1980 dargestellt. Doch wer hat vorausgesehen, dass ohne sowjetische Truppen eine polnische Ordnungskraft verfügbar sein würde um zu tun, was nur von den Sowjets befürchtet wurde? Weder in Ungarn 1956 noch in der Tschechoslowakei 1968 gab es eine solche Armee, die den Besetzern die Arbeit abgenommen hätte. Wieso gab es sie in Polen? Auf diese Frage fehlen uns noch Antworten.

Die Annahme, dass Jaruzelski als Patriot die schmutzige, blutige Arbeit getan hat, um noch Schlimmeres zu verhüten, die Verwüstungen einer militärischen Intervention, ist nicht beweisbar – das Gegenteil aber auch nicht. Sicher ist, dass die Repression, die Verhaftung von so vielen, die zu Polens geistiger Substanz gehören, in eine Sackgasse geführt hat. Die Diktatur kann nicht gestürzt werden, aber sie kann auch nicht wirklich normalisieren und den weiteren Rückfall der Wirtschaft bremsen.

So wird Polen immer mehr zum Notstandsgebiet, zur schwärenden Wunde, zum Ärgernis des Ostblocks und zur Verlegenheit des Westens. Weder die relative Liberalisierung Ungarns noch die bleierne Ruhe der Tschechoslowakei ist Polens Zukunft. Jaruzelski wird kein Kadar, kein Husak. Und das Schlimmste ist noch nicht vermieden.

François Bondy

Zeitbezogen antiquiert

Bei Gelegenheit der «Minna von Barnhelm»

So wenig wir die emsige Betriebsamkeit auf bestimmten Gebieten schon mit lebendiger Kultur, den gewaltigen Ausstoss der Buchfabriken schon mit literarischer Produktivität verwechseln werden, so wenig sollten wir die Absage an Traditionen im Umgang mit den Klassikern schon als künstlerische Originalität feiern. Das Theater allerdings ist da ein demagogisches und verführerisches Medium. Seit gut zwei Jahrzehnten hat sich auf der Bühne etabliert, was fälschlicherweise für zeitgemäss gehalten wird, weil es effektiv ist: die Umfunktionierung der Klassiker für aktuelle Zwecke. Daran ist zwar gut und richtig, was zu bewirken vermag, dass wir als Zuschauer die Werke der Vergangenheit nicht als verehrte Muster ihrer Gattung, sondern als uns betreffende, jedoch ihrem Geist und ihren Voraussetzungen nach *andere* Möglichkeiten des Menschen begreifen. Der mit allerlei Kunstgriffen erzwungene und darum nur vermeintliche Nachweis jedoch, es handle sich um unsere aktuellen Nöte, um den Aktualitätsbrei, der uns bis zum Halse steht, zieht der Konfrontation mit dem Klassiker genau den Stachel, den sie haben könnte und haben müsste. Schon der junge *Schiller*, nicht wahr, hat in den «*Räubern*» die Revolution gegen die Herrschenden gepredigt; und *Shakespeare*, das liegt auf der Hand, will in «*Romeo und Julia*» nichts weiter zeigen, als wie die etablierten Alten die Jungen daran hindern, sich zu lieben und glücklich zu werden? So einfach ist das. Ist es so

einfach? Lassen wir den Streit um «Werktreue» für einmal beiseite. Nicht die kontroversen Meinungen der Fachleute nämlich, wie Molière, Shakespeare oder Lessing zu inszenieren seien, sondern umfassendere Fragen nach der möglichen Funktion des Theaters und nach den Wirkungen, die von ihm ausgehen könnten, stehen hier zur Diskussion.

Jüngstes Beispiel: «*Minna von Barnhelm*» in der Inszenierung von *Jürgen Flimm* am *Schauspielhaus Zürich*. Die Komödie, nicht ganz ohne allerdings etwas manipulatorische Kürzungen, im Originaltext zu spielen, jedoch nicht im Jahr 1763, wie Lessing sie situiert, sondern im Deutschland nach dem grossen Krieg, in unserem eigenen Jahrhundert also, funktioniert leidlich, vordergründig sogar gut. Der Major Tellheim sieht in dieser Inszenierung zwar eher aus wie Beckmann in «*Draussen vor der Tür*», der Wachtmeister Werner ist eine Kriegsgurgel, die in der Dritten Welt einen Job als Söldner sucht, und das Gasthaus «Zum König von Spanien» eine triste Absteige im Nachkriegsdeutschland, der Wirt folgerichtig ein Schleicher im Kellnerfrack. Der Schauplatz ist eine jener schäbigen Hotelhallen von billiger Modernität, mit Neonleuchten und Ventilator, mit Schwingtüren und grossgemusterter Tapete, «neue Sachlichkeit» oder so. Wenn der Raum als Zimmer dienen soll, aus welchem der Major das Fräulein von Barnhelm vertrieben hat, stehen da zwei Feldbetten und ein Grammophon, billige Vor-

hangstoffe hängen seitlich an Drähten und eine Unmenge von Koffern stehen im Raum: man ist unbehaust, nicht wahr, man ist ruhelos und auf der Flucht, ausserdem auch auf der Suche nach dem verschollenen Geliebten.

Es ist gewiss nicht zu bestreiten, dass die Konfrontation von Lessings Text mit der Wirklichkeit von 1945, der vertrauten, «klassischen» Sprachform mit der traurigen Gegenwart nach dem grossen Krieg verfremdend und verdeutlichend wirkt. Ständig stösst das Geformte und Geklärte, das witzig Gestaltete, zudem mit Begriffen eines fernen Jahrhunderts Gespickte («Dukaten», «Kontribution», «Gnade des Königs») auf die traurige Realität der zerstörten gesellschaftlichen Strukturen, auf die Trümmer und die Armut. Die hochgemuten Gefühle der alten Kameraden und ihre stramme Mentalität erweisen sich in so radikal veränderten und verfremdeten Situationen nur noch als lächerlich. Die Entlarvung soldatischer Tugenden als Männlichkeitswahn ist in der polemischen Betonung des aktuellen Zeitbezugs weit nachhaltiger, als wenn da in distinguiertem Umgebung von Treue und Ehre und ihren unmenschlichen Konsequenzen zierlich die Rede wäre. Es ist richtig: Das genau war – unter anderem allerdings nur – Lessings Absicht.

Aber was Jürgen Flimm in dieser Hinsicht vielleicht gewinnt mit einem Experiment, das offensichtlich manchen Zuschauer zunächst verblüfft und nach anfänglichem Widerstand auch gefesselt hat, ist so neu nicht mehr, dass man nicht auch deutlicher schon erkennen könnte, worin die Verluste dieser nachgerade etwas anti-

quierten Methode der Klassiker-Inszenierung bestehen. Ich fürchte allerdings sehr, die Sensibilität dafür sei nicht mehr in zureichendem Mass vorhanden. Vielleicht empfindet namentlich der jüngere Teil des Publikums (und selbst der Kritik) diese Verluste kaum noch: Genau hier jedoch müsste die Vermittlung der Klassiker auf dem Theater einsetzen. Nicht um Geschichtsunterricht oder stilsichere Interpretationen geht es dabei, sondern um die Vermittlung von Zusammenhängen, die Flimms Inszenierung – im Zeichen falsch verstandener «Entrümpelung» – schlicht unterschlägt. Sichtbar wird dieser Mangel immer da, wo das zweifellos interessante Gedankenspiel, die Figuren der «*Minna von Barnhelm*» in das Jahr 1945 zu versetzen, sinnliche Theaterwirklichkeit werden müsste. Die nämlich will einfach nicht mehr stimmen, und darum kommt es fortwährend zu Scheinlösungen, die ich nur noch als Klammak bezeichnen kann (und an denen sich freuen mag, wer will). Wenn das Fräulein erfährt, dass Tellheim im gleichen Hotel abgestiegen ist, schmeisst sie ihre Barschaft kofferweise aufs Bett und auf den Fussboden, tanzt ekstatisch zu Duke Ellington und anderen aus dem Grammophon und purzelt alsbald mit dem geliebten Manne aufs Feldbett und auf den Boden. Der Major seinerseits entwickelt eine tiefe Depression, mimt Haltung und Starre und ist am Ende nur ein Jammerlappen; für den denkenden Zuschauer ist nicht mehr einzusehen, was eine so herzerfrischende Person wie die Minna je an ihm finden konnte. Er ist ein zerstörter Geist, in dem ein paar irgendwie moralische Grundsätze herumschwimmen. Und

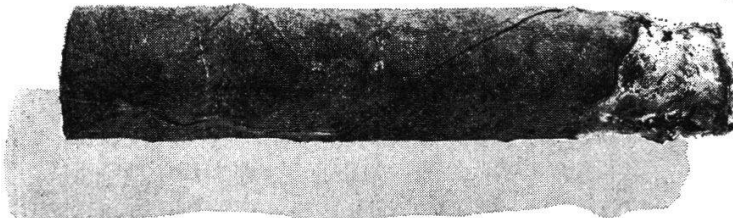
der Wachtmeister Werner, bei Lessing vielleicht ein Mann mit falschem Bewusstsein, aber mit dem Herzen auf dem rechten Fleck, gerät hier gar zu einer Art Schieber-Type. So könnte ich fortfahren. Nicht dass die Schauspieler darum schlecht wären, einige sind sogar hervorragend in den «Nummern», die sie dem Ablauf der Handlung entlang zu spielen haben. Aber was immer sie mit Virtuosität und Perfektion abliefern, es stimmt nicht mehr. Denn es fehlt ihnen der Bezugsrahmen, es fehlt ihnen die Sitte, worunter hier – bevor einer lacht! – die geschichtlich entstandene Ordnung des Lebens in der Gemeinschaft, der allgemein gewordene Stil des Handelns und des Verhaltens verstanden wird. Sitte in genau diesem Sinn ist in Lessings Komödie nicht nur gegenwärtig, sie wird auch in kühner Weise kritisch «hinterfragt». Die Grundlagen, auf denen sie beruht, sind für Lessing in seiner Zeit wankend geworden, und das macht die tragische Verdüsterung Tellheims aus, das kennzeichnet die Gratwanderung

dieses Werks und die Rettung am Abgrund. Das alles bleibt uns Jürgen Flimms Inszenierung schuldig, wo doch kaum je eine Zeit so nötig gehabt hätte, zum Beispiel im Umgang mit den Klassikern einen Begriff davon neu zu erarbeiten.

Ich habe mich, als der Gesamtspielplan in der neuen Zeitung des Schauspielhauses bekanntgegeben wurde, darüber aufgehalten, dass zur Anpreisung der «*Minna von Barnhelm*» die Schlagzeile erhalten musste: «*Vom Schützengraben ins Ehebett*». Ich hielt diesen verfehlten Aufhänger für die Entgleisung eines Werbemannes, dem man besser hätte auf die Finger sehen sollen. Dass es genau so gemeint war, macht die Sache nicht besser. Denn die Aktualisierung der «*Minna von Barnhelm*», die auf bloss vordergründigen und eindimensionalen Veränderungen beruht, setzt Methoden der Klassiker-Inszenierung fort, die antiquiert sind und von denen man so bald wie möglich wieder Abstand nehmen sollte.

Anton Krättli

Für alle Freunde der Natur. Die Cigarren und Stumpen von Wuhrmann werden aus guten und naturreinen Übersee-Tabaken mit Liebe für Liebhaber gemacht.
Zum Beispiel: **Habana Feu.** Der währschafte Stumpen.



A. Wuhrmann & Cie AG. Cigarrenfabrik Rheinfelden.
Cigarren und Stumpen aus naturreinen Übersee-Tabaken.